

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 29. November 2019 · Nr. 278 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.20 · €5.20

## Grenzwert verzögert 5G-Ausbau um Jahre

Bau von 26 500 zusätzlichen Antennen nötig

Ohne Erhöhung der Grenzwerte wird es 20 bis 30 Jahre dauern, bis der Mobilfunkstandard 5G in der ganzen Schweiz eingeführt ist. Zu diesem Schluss kommt eine Arbeitsgruppe des Bundes.

STEFAN HÄBERLI

Am Donnerstag hat die Arbeitsgruppe «Mobilfunk und Strahlung» ihr Werk präsentiert. Neben Vertretern der Behörden und der Wissenschaft wirkten darin auch Interessenvertreter der Telekombranche sowie Mobilfunk-Skeptiker mit. Es wurde schnell klar, warum sich der ursprünglich für Mitte 2019 angekündigte Bericht verzögert hat. In der Kernfrage, dem Strahlenschutz, konnte sich das Gremium unter der Ägide des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) nicht

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe präsentierten vier Alternativen zum Status quo, wobei wegen der Uneinigkeit jede eine Art «Götti» hat: Die von einer 5G-skeptischen Ärztegruppe propagierte Variante würde die regulatorische Schraube beim Strahlenschutz anziehen und hätte 46 500 neue Antennen und Investitionen von 13 Milliarden Franken zur Folge.

### Der Ball liegt bei Sommaruga

Gleich zwei Vorschläge wirft der Telekom-Branchenverband Asut in den Ring. Wenig überraschend sehen beide eine Lockerung des Strahlenschutzes vor; bei der politisch realistischeren davon wären noch 7500 neue Sendeanlagen nötig, was 3,2 Milliarden Franken kosten dürfte. Der Eidgenössischen Kommunikationskommission (Comcom) schwebt eine Änderung vor, die für die Telekomfirmen sogar noch vorteilhafter wäre. Die Investitionen würden sich dank der gemeinsamen Nutzung von Standorten durch Swisscom, Sunrise und Salt auf weniger als eine Milliarde Franken reduzieren. Somit wären gar keine neuen Anlagen nötig, allerdings eine relativ starke Anhebung der Grenzwerte. Gemeinsam haben alle Optionen, dass sie an der «eigentlichen» Obergrenze für die Mobilfunkstrahlung nicht rütteln. Die Arbeitsgruppe hat nun alle Varianten mit einem Preisschild versehen. In der Verantwortung steht nun Departementsvorsteherin Simonetta Sommaruga. Sie muss entscheiden, was mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe geschieht.

Rückblickend hat Doris Leuthard ein feines Sensorium bewiesen. Sie war es, die im September 2018 die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hatte, bevor 5G öffentlich ein Thema war. Das änderte sich spätestens im vergangenen Frühling, als Swisscom und Sunrise ihr 5G-Netz anschalteten. Seither hat sich die Stimmung aufgeheizt. So sammelt die heterogene Anti-5G-Bewegung beispielsweise Unterschriften für mindestens zwei Volksinitiativen. Mit systematischen Einsprachen gegen neue Antennen hat sie ausserdem de facto eine Art 5G-Moratorium durchgesetzt.

### Der Strahlenschutz sollte gelockert werden

Kommentar auf Seite 13

einigen. Es verzichtete deshalb auf eine Empfehlung an den Bundesrat. Der über 120 Seiten lange Bericht ist also nicht der erhoffte Befreiungsschlag in der Debatte um den neuen Mobilfunkstandard 5G.

### Kosten in Milliardenhöhe

Einig war man sich bei den Fakten. Da das Datenvolumen beim Mobilfunk exponentiell wächst, droht ein Engpass – und zwar unabhängig davon, ob die Antennen 5G oder ältere Standards wie 4G nutzen. Ohne eine Erhöhung der Grenzwerte für die Strahlung müsste deshalb der Antennenwald massiv aufgeforstet werden. Für die Versorgung mit einem «qualitativ guten» 5G-Netz geht die Arbeitsgruppe von zusätzlichen 26 500 Antennen aus. Der Aufbau würde 20 bis 30 Jahre dauern und etwa 7,7 Milliarden Franken verschlingen.



Widmer-Schlumpf, Blocher und Calmy-Rey: Der Bundesrat stand 2006 bis 2013 unter massivem Druck der USA. JOANA KELEN

NEUER BLICK AUF DIE TINNER-AFFÄRE

## Der Atomwaffen-Krimi von Bundesbern

WOCHENENDE, SEITE 49–52

## Attacke auf libertären Redner in Zürich hat ein politisches Nachspiel

Die Polizei sucht nach den Angreifern auf den Chilenen Axel Kaiser

fbi./dfr. · Am Abend des 7. Novembers dringen rund ein Dutzend Vermummte in das Kulturzentrum «Karl der Grosse» in der Zürcher Altstadt ein. Handy-Filmaufnahmen zeigen, wie die linksautonomen Aktivistinnen den libertären chilenischen Redner Axel Kaiser und einige Zuhörer mit Eiern und Flüssigkeiten bewerfen und Parolen skandieren. Ihre Attacke begründeten die Angreifer damit, dass Kaiser das Regime Pinochet verteidigte und ein Antifeminist sei. Zur Aktion bekannte sich die Gruppe «Uni von unten», die immer wieder versucht, unliebsame Redner an ihrem Auftritt zu hindern.

Die Polizei ermittelt. Bisher konnten die Täter jedoch nicht ausfindig gemacht werden. Der Vorfall hat inzwischen auch auf politischer Ebene ein Nachspiel. Mit mehreren Vorstössen wollen die beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP den Druck auf die Zürcher Stadtregierung erhöhen, sich in der Thematik zu bekennen. In ihrer Interpellation fragen die beiden FDP-Gemeinderäte Andreas Egli und Dominique Zygmont: «Wie beurteilt der Stadtrat Aktivitäten und Agitationen linker, gegebenenfalls auch rechte, Aktivistinnen und Aktivistinnen, ihnen missliebige Personen an der Ausübung der Meinungsäusserungsfreiheit

aktiv zu hindern, und was unternimmt er dagegen?»

Das Blockieren von Demonstrationen wie dem «Marsch fürs Läbe» und das Niederschreien von Rednern hält Andreas Egli für nicht hinnehmbar, wie er auf Anfrage sagt. «Die Verhinderung der Meinungsäusserungsfreiheit ist ein Akt der intellektuellen Barbarei.» Die problematische Haltung der Gruppe «Uni von unten» sehe man nicht nur in Zürich, son-

der weltweit. Der FDP-Politiker legt im Gegensatz zu diesen die Redefreiheit weit aus. «Solange jemand mit Aussagen nicht gegen das Strafrecht verstösst, soll er reden dürfen. Er oder sie muss aber auch mit argumentativem Widerspruch leben können.» Es werde ja schliesslich niemand dazu gezwungen, Leuten wie Kaiser zuzuhören. Egli sagt, er erhoffe sich deshalb vom Stadtrat eine klare Stellungnahme für das Recht auf freie Rede. Auch die SVP sieht den Stadtrat in der Pflicht. «Die Regierung muss nun ein klares Zeichen für die Meinungsäusserungsfreiheit setzen», sagt Fraktionschef Roger Bartholdi. Vor allem in städtischen Kulturhäusern müsse jedermann frei sprechen können, ohne Angst zu haben, niedergeschrien oder bedroht zu werden. «Auch unbequeme Meinungen müssen zugelassen werden.» Wenn Veranstalter oder die Stadt aus Sicherheitsbedenken prophylaktisch einknickten, sei dies ein brandgefährliches Signal. «Dann ist unsere Demokratie in Gefahr.» Zu was es führe, wenn man missliebige Meinungen nicht zulasse, habe die Geschichte mehrfach gezeigt. Darum hätte Bartholdi auch keine Mühe, zum Beispiel AfD-Vertreter aus Deutschland oder Kommunisten in Zürich auftreten zu lassen.

Die Attacke der Linksautonomen auf Kaiser hält der Stadtzürcher SP-Präsident Marco Denoth für daneben. Sie sei zudem auch kontraproduktiv. «Ohne den Angriff wäre der Anlass gar nie in die Öffentlichkeit gelangt.» Für Denoth ist klar: «Die Meinungsäusserungsfreiheit ist sehr wichtig für unser Land – solange die Aussagen innerhalb des gesetzlichen Rahmens bleiben.»

### Meinungsfreiheit

Kommentar: Das Verstummen anderer Meinungen wäre fatal. Seite 13

«Uni von unten»: Es war nicht die erste Störaktion der Gruppierung. Seite 21

ANZEIGE

HAPPY SPORT COLLECTION

Chopard

THE ARTISAN OF EMOTIONS – SINCE 1860

CHOPARD BOUTIQUE ZÜRICH  
Bahnhofstrasse 40, +41 (0)44 215 30 30

SEXUELLER MISSBRAUCH

Eine ehemalige Ordensfrau fordert die katholische Kirche heraus SEITE 53

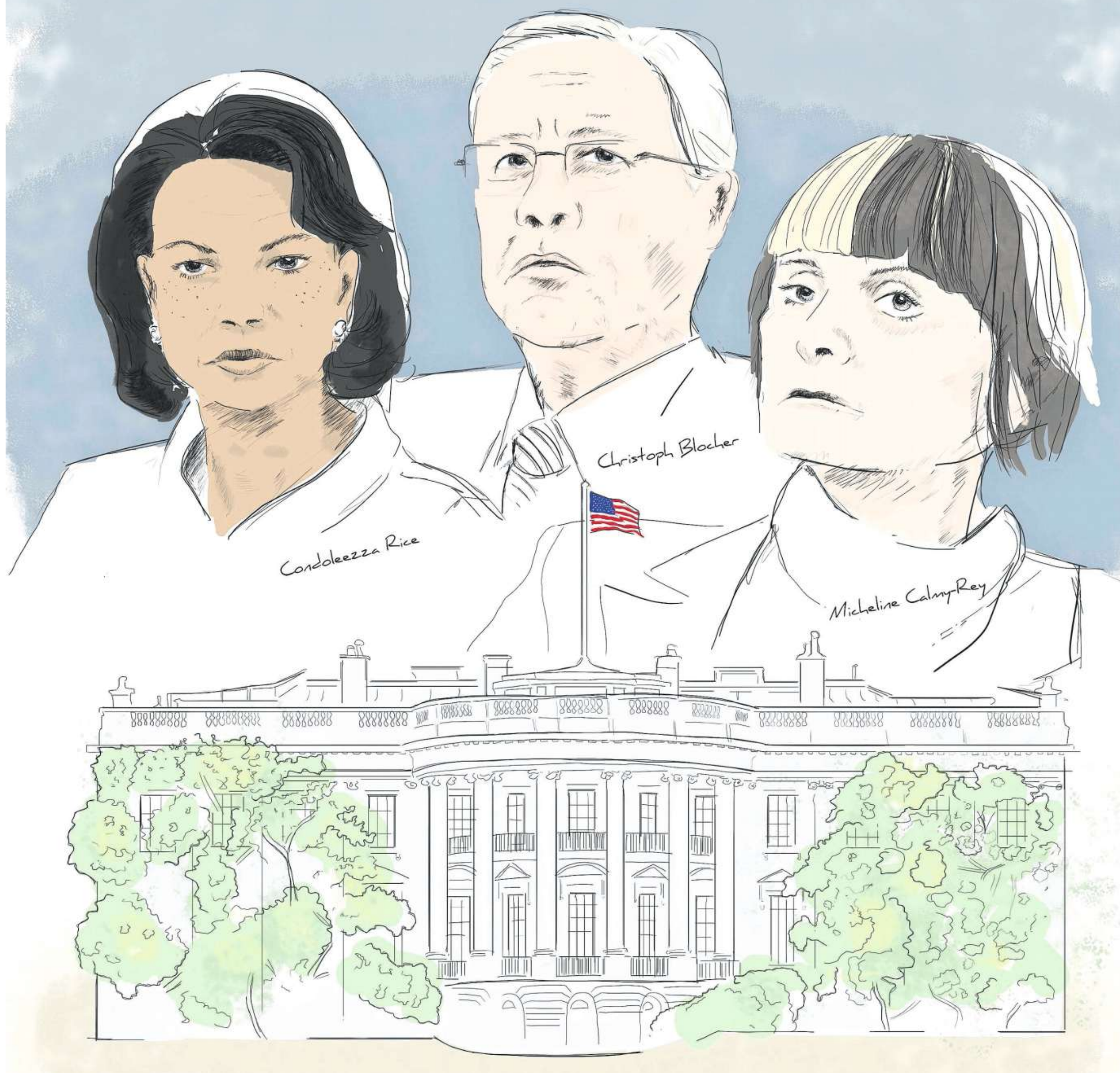
ERSTAUNLICHES GEHIRN

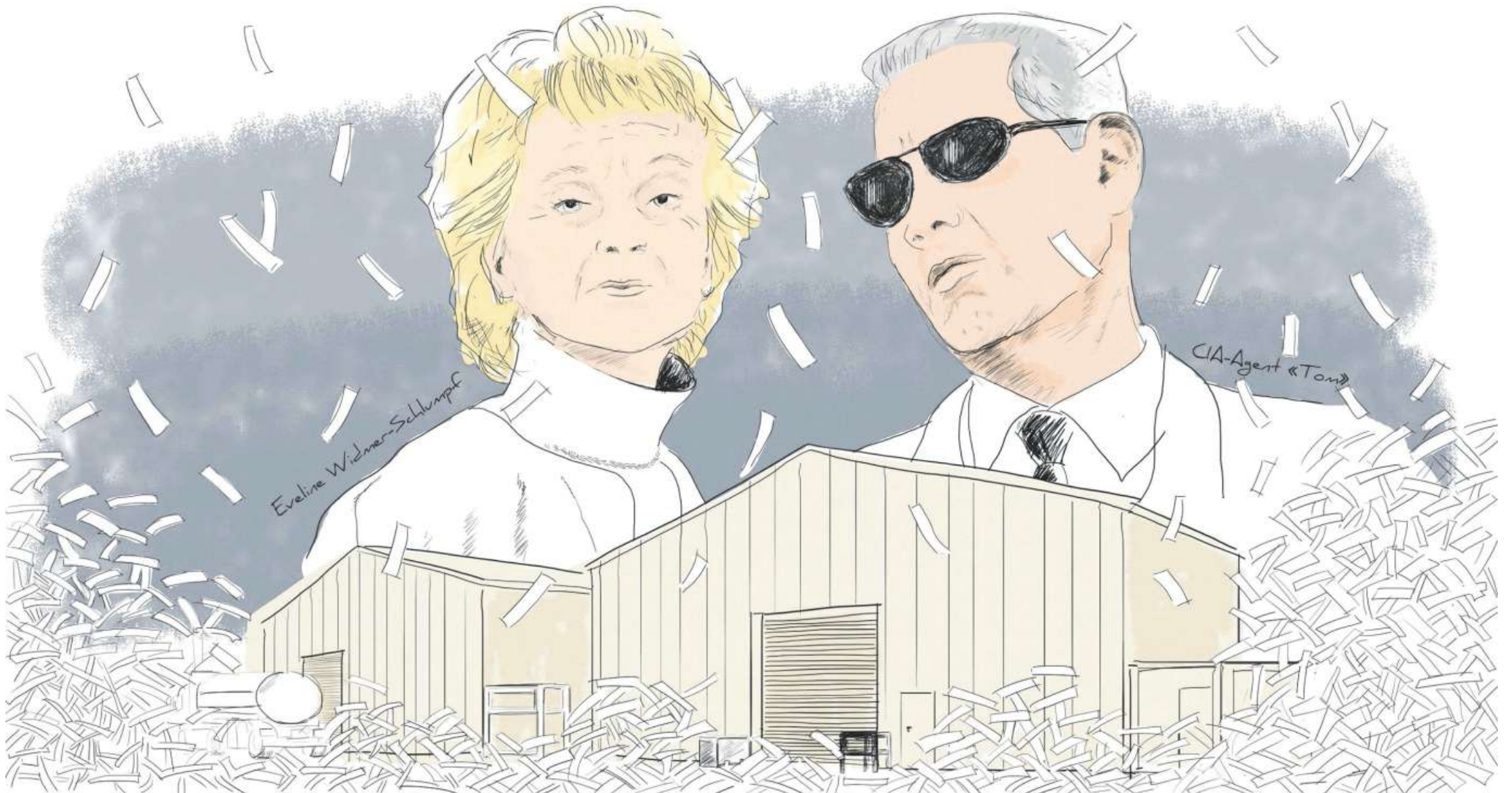
Auch mit nur einer Hirnhälfte ist ein normales Leben möglich SEITE 58

FALSCHER BERGFÜHRER

Die Beliebtheit von Bergtouren lockt auch Betrüger an SEITE 64

# Die CIA, Pakistans Atombombe – und mittendrin der Bundesrat





Eveline Widmer-Schlumpf setzt als Justizministerin die Aktenvernichtung um – scharf beobachtet von «Tom», dem CIA-Stationschef in Genf.

# Christoph Blochers Geheimmission in Amerika

Mit der Lieferung von ausgeklügelten Apparaturen zur Anreicherung von Uran trägt die gutbürgerliche Familie Tinner aus dem St. Galler Rheintal dazu bei, dass Pakistan die Atombombe erhält. Später mischt sich der amerikanische Geheimdienst CIA ein, und zuletzt setzt die US-Regierung den Bundesrat unter Druck, sämtliche Akten zu vernichten. Gespräche mit Direktbeteiligten geben neue Einblicke in diesen Politthriller, der vor zehn Jahren die Schweiz bewegte.

VON MARCEL GYR (TEXT) UND JOANA KELÉN (ILLUSTRATIONEN)

Zum Abschluss des Arbeitssessens im Blair House, dem traditionellen Gästehaus des Präsidenten in Washington, wünscht der amerikanische Justizminister Alberto Gonzales, Bundesrat Christoph Blocher alleine zu sprechen – sogar der Dolmetscher der Schweizer Delegation muss draussen bleiben. Weil den übrigen Gästen Blochers limitierte Englischkenntnisse bekannt sind, ist ihnen sofort klar: Gonzales möchte dem Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) im Vier-Augen-Gespräch etwas höchst Brisantes anvertrauen.

Tatsächlich erfährt Blocher an diesem 12. Juli 2006, dass die Schweiz im Besitz von äusserst heiklen Unterlagen ist. Sie könnten, falls sie in falsche Hände gerieten, nicht weniger als den Weltfrieden gefährden. Es solle sich um Pläne zum Bau von Atomwaffen und um Anleitungen zur Anreicherung von Uran handeln. Die Unterlagen gehören zum Beweismaterial, das die Bundesanwaltschaft bei der scheinbar unbescholtenen Familie Tinner aus dem St. Galler Rheintal beschlagnahmt hat. Gegen die Tinner wird in der Schweiz seit Anfang 2004 ermittelt. Damals sickerte aus dem Ausland die Information durch, dass die Familie – Vater Friedrich sowie die zwei Söhne Urs und Marco – Teil eines weltumspannenden Netzwerks von Atomsmugglern sei.

## Besuch aus Pakistan

Bereits Mitte der 1970er Jahre war Friedrich Tinner mit dem pakistanischen Atomwissenschaftler A. Q. Khan in Kontakt gekommen. Der Schweizer Ingenieur liefert vor allem massgeschneiderte Bestandteile für den Bau von Uran-Zentrifugen nach Pakistan. Zumeist handelt es sich um sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile wie für militärische Zwecke verwendet werden können. Friedrich Tinner ist zu jener Zeit Export-Chef eines aufstrebenden Industrieunternehmens mit Sitz in der St. Galler Ortschaft Haag, der Vakuum Apparate Technik AG (VAT). Die Firma gibt es bis heute, unter dem Namen VAT Group ist sie sogar an der Schweizer Börse kotiert. Friedrich Tinner ist allerdings schon früh aus dem Unternehmen ausgeschieden, nachdem die USA den Firmenchef über seine enge Kontakte mit A. Q. Khan aufgeklärt hatten.

Nach dem unfreiwilligen Ausscheiden gründet Friedrich Tinner 1982 in Früm- sen, einem Nachbardorf von Haag, sein eigenes Unternehmen. Fortan intensi-

viert er den Geschäftskontakt mit Pakistan. A. Q. Khan reist verschiedentlich ins Rheintal, wo er bei den Tinner zu Gast ist. Im Gegenzug lädt er das Ehepaar Tinner an die Hochzeit seiner Tochter ein. Was Friedrich Tinner damals angetrieben und wie viel er vom pakistanischen Atomwaffenprogramm gewusst hat, ist schwer zu ergründen. Privat führte Friedrich Tinner ein gutbürgerliches Leben, von Bekannten wird er als aufrechter Schweizer geschildert, zeitweise präsidierte er die FDP-Bezirkssektion Werdenberg.

1998 bringt A. Q. Khan, auch dank den Lieferungen aus dem Rheintal, das klandestine pakistanische Atomwaffenprogramm erfolgreich zum Abschluss. Erstmals verfügt ein islamisches Land über nukleare Sprengköpfe. In seiner Heimat wird er fortan als «Vater der pakistanischen Atombombe» gefeiert.

Doch damit gibt sich der umtriebige Atomwissenschaftler nicht zufrieden. Vielmehr verkauft A. Q. Khan sein Wissen, wie man eine Atombombe entwickelt, für gutes Geld an Despoten in aller Welt: an den libyschen Diktator Muammar Ghadhafi, an das iranische Mullah-Regime und auch an die Kim-Dynastie in Nordkorea. Dabei greift er auf sein bewährtes Netzwerk von Lieferanten zurück, unter ihnen die Familie Tinner. Neben Vater Friedrich sind inzwischen auch die Söhne Urs und Marco ins lukrative Geschäft eingestiegen. Sie sind einfache Mechaniker, doch wie ihr Vater begnadete Tüftler.

## Informanten für die CIA

Das alles weiss Christoph Blocher noch nicht so genau, als er an jenem Julitag 2006 in Washington vom amerikanischen Justizminister zum Vier-Augen-Gespräch gebeten wird. Wie aus amerikanischen Quellen hervorgeht, schildert Gonzales bei dieser Gelegenheit detailliert, wie gefährlich die Dokumente im Besitz der Bundesanwaltschaft sind. Und er lüftet ein weiteres Geheimnis: Neben ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit A. Q. Khan waren die Tinner zuletzt wertvolle Informanten für die CIA und für den britischen Auslandsgeheimdienst MI6. Insbesondere Urs hat mit seinen Insiderinformationen aus dem Khan-Netzwerk entscheidend dazu beigetragen, das Atomwaffenprogramm von Ghadhafi zu stoppen.

Sollte es in der Schweiz zu einem Gerichtsverfahren kommen, so die Befürchtung des US-Justizministers, könn-



Urs Tinner (links) und sein Bruder beliefern A. Q. Khan (rechts) mit Komponenten zum Bau von Atombomben. Der Pakistaner geschäftet später mit Muammar Ghadhafi.

ten die Tinner's brisante Geheimnisse aus der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten ausplaudern. Gonzales, ein enger Weggefährte von Präsident George W. Bush, meldet deshalb bei Blocher zwei dringliche Wünsche an: Die Schweiz solle das laufende Strafverfahren gegen die Tinner's einstellen – und die Ermittlungsakten sollten integral den Amerikanern übergeben werden.

Was der Texaner nicht sagt, die Bundesanwaltschaft aber auf anderem Weg erfahren hat: Die CIA hat im Fall Tinner die rechtliche Souveränität der Schweiz massiv verletzt. Um belastendes Material gegen die Familie zu sammeln, war ein Team des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes bereits am 21. Juni 2003 in das Haus von Marco Tinner eingestiegen. Die nächtliche Geheimoperation fand im beschaulichen Winzerdorf Jenins in der Bündner Herrschaft statt.

Wie das amerikanische Autorenpaar Catherine Collins und Douglas Frantz in einem Buch\* schildert, setzte sich das CIA-Team aus fünf Männern und einer Frau zusammen. Vier Agenten waren eigens aus den USA eingeflogen worden, unter ihnen der Teamchef namens «mad dog». Die übrigen zwei waren in Wien rekrutiert worden, der europäischen CIA-Zentrale. Während ein Agent draussen Wache hielt, stiegen die übrigen fünf Spione kurz nach Mitternacht mit Spezialwerkzeugen ins Haus ein. Drinnen nahm «mad dog» telefonisch Kontakt auf mit der CIA-Zentrale im amerikanischen Langley. Er musste nicht befürchten, von Marco Tinner überrascht zu werden: Ein zweites CIA-Team hatte sich mit ihm zur selben Zeit in einem Hotel in Vaduz verabredet.

Während der zweistündigen «Hausdurchsuchung» in Jenins kopierten die IT-Spezialisten des amerikanischen Geheimdienstes den gesamten Inhalt, der sich auf den verschiedenen Computern und Laptops von Marco Tinner angesammelt hatte. Neben den gefährlichen Plänen für den Bau von Atomwaffen befand sich darunter auch die verräterische Korrespondenz der gesamten Familie mit A. Q. Khan.

Wie das in solchen Fällen üblich ist, nutzte die CIA das belastende Material nicht etwa, um die Tinner's festzunehmen oder sie anzuzeigen. Vielmehr setzte der amerikanische Geheimdienst die Familie unter Druck, künftig mit der CIA zu kooperieren – was sie spätestens nach der «Hausdurchsuchung» auch tat.

Als Christoph Blocher im Juli 2006 von seiner USA-Reise zurückkehrt, sieht

er sich also mit einer reichlich komplizierten Gemengelage konfrontiert. Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen die Tinner's wegen ihrer jahrelangen Zusammenarbeit mit A. Q. Khan. Zusätzlich möchte sie gegen die sechs unbekannt CIA-Agenten ein Verfahren wegen verbotenen Nachrichtendienstes eröffnen. Für Letzteres braucht die Bundesanwaltschaft aber die Ermächtigung durch den Bundesrat. All dem steht der ultimative Wunsch der Regierung in Washington gegenüber: keine Verfahren in der Schweiz, weder gegen die Tinner's noch gegen die CIA-Agenten, sowie die Vernichtung der Beweismittel.

### Blochers Plan

Auf der Suche nach einem Ausweg kommt Blocher auf die Idee, die beschlagnahmten Beweismittel nicht wie gewünscht den Amerikanern auszuhändigen, sondern sie in der Schweiz zu vernichten – unter Aufsicht der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA). So sollten gleich zwei Ziele erreicht werden: Die Schweiz würde sich der offenbar gefährlichen Dokumente entledigen. Und mangels Beweismitteln müsste das Strafverfahren gegen die Tinner's, wie von den USA gewünscht, wohl eingestellt werden – auch ohne explizite Anordnung durch den Bundesrat.

Mit diesem Plan reist Christoph Blocher am 26. Juli 2007, rund ein Jahr nach seinem ersten Treffen mit dem amerikanischen Justizminister Gonzales, ein weiteres Mal in die USA. Offiziell stehen Themen wie eine verstärkte Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung oder Neuerungen für die visumfreie Einreise in die USA auf dem Programm. Doch das alles ist nur ein Vorwand. In Wirklichkeit geht es einzig und allein um den Fall Tinner.

Innert weniger Stunden trifft Blocher in Washington diverse Entscheidungsträger aus der Bush-Administration, unter ihnen erneut Justizminister Gonzales, dann auch Verteidigungsminister Robert Gates und den Minister für innere Sicherheit, Michael Chertoff. Besonders angetan ist Blocher von zwei weiteren Gesprächspartnern, deren Namen bis heute geläufig sind: dem damaligen FBI-Direktor Robert Mueller, zuletzt Sonderermittler im Fall von Trumps Russland-Kontakten, sowie James Mattis, bis Ende letzten Jahres US-Verteidigungsminister. Einzig die Einladung von Präsident George W. Bush ins Weisse Haus lehnt Blocher

## Die Stellungnahmen von Blocher und Calmy-Rey

**Alt-Bundesrat Christoph Blocher:** «Was die Passagen zu meiner Person anbelangt, ist die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) weitgehend untergegangen. Sie spielte in der Tinner-Affäre von Anfang an eine wichtige Rolle. Es mag sein, dass sich die IAEA anfänglich gegen die Vernichtung der Tinner-Akten ausgesprochen hat und die Herausgabe an eine Drittpartei bevorzugt hätte. Doch nachdem der Bundesrat anders entschieden hatte, kooperierte die IAEA vollumfänglich und hat die Vernichtung der Akten sachkundig begleitet. – Soweit ich mich erinnern kann, war das erwähnte Treffen mit US-Justizminister Gonzales kein Vier-Augen-Gespräch. Obwohl ich Englisch verstehe, habe ich grundsätzlich immer mit einem Dolmetscher verhandelt. Das habe ich von den Chinesen gelernt: Wenn man sich in der eigenen Sprache ausdrücken kann, bleibt man auf Augenhöhe mit dem Gegenüber. Es kann sein, dass die Amerikaner einen eigenen Dolmetscher gestellt haben, denn sie vertrauen ja nur den eigenen Leuten.»

**Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey:** «An das Telefonat mit US-Justizministerin Condoleezza Rice habe ich nur eine schwache Erinnerung. Ich habe ihr sicher zugehört, und es mag sein, dass ihre Argumente in meinen Entscheidungen keine Ermächtigung für ein Verfahren gegen die CIA-Agenten zu erteilen, eingeflossen sind. Aber viel wichtiger für meine Entscheidung war der interne Bericht, den ich im EDA in Auftrag gegeben hatte.»

**Alt-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf** hat die Anfrage nicht beantwortet.

ab. Zu gross scheint ihm das Risiko, ein solcher Besuch könnte ungebührlich viel Aufsehen erregen und so die Geheimmission gefährden.

Stattdessen fährt Blocher zum Abschluss seiner Dienstreise auf die Andrews Air Force Base, einen Luftwaffenstützpunkt wenige Kilometer ausserhalb Washingtons. Dort liegt, inmitten startender und landender Kampfflugzeuge, das Büro von Mike McConnell, Koordinator aller amerikanischen Geheimdienste. Mit McConnell, einem Vietnamveteranen und ehemaligen Direktor der NSA, legt Blocher das weitere Vorgehen fest – unter dem Vorbehalt, dass der Gesamtbundesrat zustimmt: Zunächst soll der Bundesanwaltschaft keine Ermächtigung erteilt werden, gegen jene CIA-Agenten vorzugehen, die in Jenins widerrechtlich ins Haus von Marco Tinner eingedrungen sind. Im Gegenzug akzeptieren die Amerikaner Blochers Vorschlag, das Beweismaterial in der Schweiz zu vernichten, statt es ihnen auszuhändigen.

Auf der Andrews Air Force Base werden bereits die zwei Verantwortlichen für die geplante Aktenvernichtung bestimmt: auf Schweizer Seite Michael Leupold, Direktor des Bundesamts für Justiz, und auf amerikanischer Seite der CIA-Stationschef in Genf, ein betont unauffällig wirkender Agent, den alle bloss «Tom» nennen.

### Konzertiertes Lobbying

Derweil haben die Amerikaner aus den langwierigen Gesprächen eine Lektion gelernt: In der Schweiz hat der Justizminister, im Gegensatz zu den USA, nicht die alleinige Kompetenz, ein Strafverfahren einzustellen oder Beweismaterial zu vernichten. Vielmehr braucht es dazu eine Mehrheit im Bundesrat – folglich weiten die Amerikaner ihre Lobbyarbeit auf weitere Mitglieder der Landesregierung aus.

Um Samuel Schmid, den Vorsteher des Verteidigungsdepartements (VBS), kümmern sich wiederum der amerikanische Verteidigungsminister Gates, FBI-Direktor Mueller und zusätzlich George Bush senior: Anlässlich eines Arbeitsbesuchs Schmid's kommt es in Houston zu einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Vater des amtierenden Präsidenten. Aussenministerin Condoleezza Rice schliesslich nimmt sich ihrer Schweizer Amtskollegin, Micheline Calmy-Rey, an.

Am 9. August 2007, keine zwei Wochen nach Blochers Rückkehr aus

Amerika, meldet sich Rice telefonisch bei der Vorsteherin des Aussendepartements (EDA). Rice redet Klartext. Während Jahren habe die Schweiz vom Atomschmuggel der Tinner's gewusst und nichts dagegen unternommen. Dieses Nichtstun sei umso verwerflicher, als die USA immer wieder davor gewarnt hätten, wie gefährlich das Ganze sei. Weiter stellt Rice klar, dass es nicht guttun würde, wenn die Schweiz gegen die CIA-Agenten ein Strafverfahren eröffnete. Einmal mehr, mahnt sie, erweckte das den Eindruck, die Schweiz behindere die internationalen Anstrengungen gegen die Proliferation – die Weiterverbreitung von Atomwaffen.

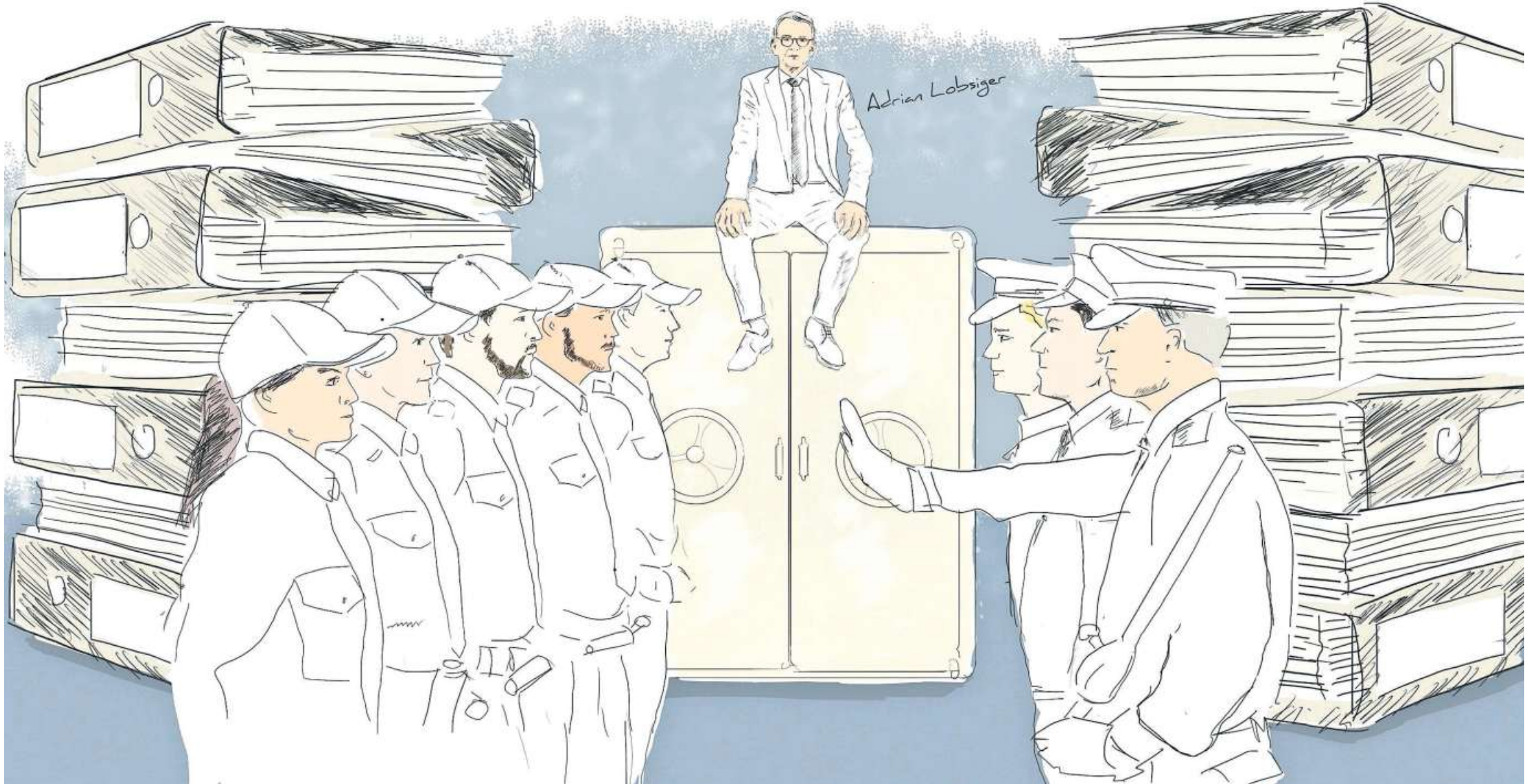
Die amerikanische Aussenministerin Rice ist noch nicht am Schluss angelangt. Sie lässt Calmy-Rey wissen, eine öffentliche Gerichtsverhandlung würde die amerikanischen Anstrengungen zunichtemachen, das Khan-Netzwerk definitiv zu zerschlagen. Und schliesslich würde es auch die Beziehungen der Schweiz zu den USA gefährden.

Eine Woche nach Rice's Telefonat, am 16. August 2007, spricht sich Calmy-Rey in einer internen Stellungnahme gegen eine Strafverfolgung der CIA-Agenten aus. Vier Tage später tut es ihr Samuel Schmid gleich. Beide übernehmen mehr oder weniger das Wording der Amerikaner: Schon vor Jahren seien die hiesigen Behörden von den USA über die Ableger des Khan-Netzwerkes in der Schweiz aufmerksam gemacht worden. Und ein Verfahren gegen die CIA würde ausserpolitisch zu schweren Verstimmungen mit den USA führen.

Der Entscheid, der Bundesanwaltschaft die Ermächtigung für ein Strafverfahren gegen die sechs CIA-Agenten zu verweigern, wird schliesslich an der Bundesratssitzung vom 29. August 2007 gefällt. Neben den diversen amerikanischen Interventionen hat sich der Bundesrat bei seinem Entscheid auf einen vertraulichen Bericht aus dem EDA abgestützt.

### Die belastende Aktennotiz

Bundesrätin Calmy-Rey hatte den Bericht erstellen lassen, weil sie wissen wollte, was es mit den Anschuldigungen aus den USA auf sich habe. Wie Recherchen der NZZ zeigen, fand Calmy-Rey's Department verschiedene Dokumente, welche die Vorwürfe bestätigten. Besonders belastend sei eine Aktennotiz aus dem Jahr 1979 gewesen, erinnert sich eine Quelle, die damals den vertrau-



Die angeordnete Aktenvernichtung löst eine Machtprobe zwischen einem Untersuchungsrichter und der Bundespolizei Fedpol aus.

lichen Bericht aus dem EDA gesehen hat. «Aus diesem Schreiben ist kristallklar hervorgegangen, dass die Schweizer Behörden frühe Warnungen aus den USA in den Wind geschlagen haben.»

Tatsächlich findet sich die erwähnte Aktennotiz, mit der die amerikanische Regierung den Schweizer Bundesrat massiv unter Druck setzen konnte, im Bundesarchiv. Das dreiseitige Schreiben datiert vom 8. März 1979. Darin orientiert Staatssekretär Albert Weitnauer Bundesrat Pierre Aubert über eine Vorsprache der amerikanischen Botschaft in Bern. Diese habe ihre Besorgnis ausgedrückt über die raschen Fortschritte des pakistanischen Nuklearprogramms. Bedeutsame Hilfe erhalte Pakistan auch von Firmen aus der Schweiz.

Der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft bitte deshalb den Bundesrat, Schweizer Firmen von weiteren Lieferungen nach Pakistan abzuhalten, notiert Staatssekretär Weitnauer. In weiteren Dokumenten wird explizit das Technologieunternehmen VAT genannt, der damalige Arbeitgeber von Friedrich Tinner. Der Bitte der USA kam die Schweiz 1979 nicht nach. Ganz im Gegenteil, strittige Gesuche um Ausfuhr nach Pakistan wurden trotz grossen Bedenken bewilligt.

Fast dreissig Jahre später, im Herbst 2007, bereitet der Bundesrat in einer Art impliziter Wiedergutmachung den nächsten Schritt vor. Nachdem den CIA-Agenten bereits Immunität zugesprochen worden ist, soll als Nächstes die Vernichtung der Akten aus der Affäre Tinner beschlossen werden. Dazu muss die Landesregierung Notrecht anwenden. Es ist ein Instrument, das die Bundesverfassung nur in Ausnahmefällen vorsieht, wenn die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet sind.

Den entsprechenden Entscheid via Notrecht fällt der Bundesrat im Anschluss an seine ordentliche Sitzung vom 14. November 2007. Zuvor hatte Blocher Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz gebeten, das Sitzungszimmer zu verlassen. Der Geheimbeschluss wird im verbleibenden Siebnergremium gefällt – einstimmig.

#### Widmer-Schlumpfs Eifer

Unabhängig von der Tinner-Affäre wird Blocher wenige Wochen später vom Parlament nicht wiedergewählt. Seine Nachfolgerin ist Eveline Widmer-Schlumpf, sie übernimmt auch gleich das EJPD. In dieser Funktion muss sie

den Geheimbeschluss umsetzen, an dem sie nicht mitgewirkt hat. Sie tut das mit überraschend grossem Eifer. In der Tonalität steht die neue Bundesrätin ihrem Vorgänger in nichts nach. Falls die Dokumente in falsche Hände gerieten, teilt ihr Departement in einer Medienmitteilung warnend mit, könne das «Weltregionen destabilisieren und letztlich das Leben von Millionen von Menschen gefährden».

Dass es nicht so weit kommt, dafür sorgt eine geheim operierende Task-Force. Schauplatz ist die alte Kehrichtverbrennungsanlage Warmbächli am Stadtrand von Bern. Sie weist eine Besonderheit auf: Für «diplomatische» Kundschaft steht ein separater Zugang zur Verfügung. Auf Wunsch können hier Botschaftsangestellte unliebsame Dokumente direkt in den Ofen schieben – ohne dass diese zuerst in der Abfallgrube zwischengelagert werden.

Ende Februar 2008, drei Monate nach dem notrechtlichen Entscheid des Bundesrats, wird der diskrete Zugang in der Berner Kehrichtverbrennungsanlage rege genutzt. Eskortiert von zivilen Polizeiautos, fahren während dreier Tage immer wieder Lieferwagen vor, die vollgepackt sind mit geschredderten Papieren, Plänen, Zeichnungen, ausgedruckten E-Mails oder mit zertrümmerten Röhren, Ventilen, Computern, Fotoapparaten, Festplatten und CD-ROM: Die Vernichtung der Tinner-Akten läuft auf Hochtouren. Insgesamt werden 1,9 Tonnen Beweismaterial aus der Welt geschafft.

### Vor dem notrechtlichen Entscheid des Bundesrats, die Akten zu vernichten, bittet Blocher Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz, das Zimmer zu verlassen.

Um den Kreis der eingeweihten Personen möglichst klein zu halten, müssen bei der Aktenvernichtung vor allem Führungskräfte des Fedpol Hand anlegen. Zeitweise laufen die Kaderleute Gefahr, dass neben den 30 000 Dokumenten auch ihre Krawatten in den Reisswolf geraten. Unterschätzt haben die Verantwortlichen, dass geschreddertes Papier etwa das Dreifache des ursprünglichen Volumens annimmt. Phasenweise droht der Lagerraum überzulaufen.

Aufmerksam überwacht wird das Ganze von «Tom», dem CIA-Stationenchef in Genf. Er hat ein wachsames Auge darauf, dass in der Hektik auch ja kein Papierschnitzel der Verbrennung entgeht.

Doch zehn Monate später stellt sich heraus, dass alles vergebliche Mühe war: Ende 2008 werden im Keller der Bundesanwaltschaft Kopien der wichtigsten Unterlagen entdeckt, die zuvor mit so viel Akribie vernichtet worden sind. Fein säuberlich ist das Konvolut mit 103 Seiten und 39 Ordnern Beilagen in einem elektronisch gesicherten Archivraum abgelegt worden und dann offenbar vergessen gegangen. Das Mysterium dieser Kopien konnte nie gänzlich geklärt werden.

#### Die Schlüsselszene

Eveline Widmer-Schlumpf gerät in Rage, als sie vom Fund erfährt, der die bisherigen Anstrengungen zunichtemacht. Sie setzt alles daran, auch die Kopien zum Verschwinden zu bringen. Doch dem widersetzt sich, ebenso vehement, der Untersuchungsrichter Andreas Müller. Die Bundesanwaltschaft hat Müller einige Monate zuvor mit der Durchführung der Ermittlungen betraut. Die Annahme der amerikanischen Regierung und von Blocher, mit der Vernichtung der Akten könne kein Strafverfahren mehr durchgeführt werden, hat sich folglich als falsch erwiesen. Als fallführender Untersuchungsrichter verlangt Müller vom Bundesrat die Herausgabe der unverhofft aufgetauchten Beweismittel. Diese will er für das Verfahren gegen die Tinner verwenden.

Im zeitweise bizarren Machtkampf zwischen den zwei Staatsgewalten kommt es am 9. Juli 2009 zum Showdown. Ausgestattet mit einem Hausdurchsuchungsbefehl und in Begleitung von sieben bewaffneten Angehörigen der Kantonspolizei Bern, begibt sich der Untersuchungsrichter Müller

### Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung setzt sich der ranghöchste Vertreter des Fedpol demonstrativ auf den Tresor.

von seinem Büro an der Taubenstrasse zum Sitz der Bundespolizei Fedpol an der Brückenstrasse. Weit ist es nicht, die beiden Gebäude sind unterirdisch sogar miteinander verbunden. Im Normalfall arbeiten die zwei Behörden eng zusammen. Doch an diesem Julimorgen 2009 ist alles anders.

Dem Trupp um den Untersuchungsrichter Müller stellt sich eine ebenfalls bewaffnete Einheit der Bundespolizei entgegen. Im Auftrag des Bundesrats soll sie die Tinner-Akten vor dem Zugriff der Justiz schützen. Stellvertretend für das Ringen von Exekutive und Judikative wird um einen Schlüssel gezankt, der wiederum in einem Tresor eingeschlossen ist. Es ist der Schlüssel für jenen Lagerraum, wo inzwischen die wiedergefundenen Unterlagen aufbewahrt werden. Wer im Besitz dieses Schlüssels ist, der hat die Herrschaft über die Tinner-Akten.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung setzt sich der ranghöchste Vertreter des Fedpol demonstrativ auf den Tresor, um so zu markieren, wer die Hoheit über den Schlüssel hat. Nach stundenlangen Verhandlungen einigt man sich schliesslich auf einen Kompromiss: Der Tresor wird versiegelt und vorläufig an einen neutralen Ort transportiert, in eine Bankfiliale am Weissenhausplatz. Danach soll weiterverhandelt werden.

Mehr als drei Jahre und viele zähe Verhandlungsrunden später, es ist jetzt bereits Mitte März 2013, steht in Bern die neue Energiezentrale Forsthaus vor

der Inbetriebnahme – sie soll die abgerissene Kehrichtverbrennungsanlage Warmbächli ersetzen. Bei der Eröffnung zwei Wochen später wird Bundesrätin Doris Leuthard die neue Anlage als Vorbild für die ganze Schweiz loben, weil sie Kehrichtverwertung mit der Produktion von Strom und Fernwärme verbindet.

Aber vorläufig läuft noch die Testphase. In diesem Rahmen wird erstmals der Brennstoffkasten an diesem Märztag 2013 unter anderem die Kopien der Tinner-Akten. Zuvor sind die Ermittlungen gegen die Tinner abgeschlossen worden. In einem abgekürzten Verfahren hat das Bundesstrafgericht in Bellinzona Friedrich Tinner sowie die zwei Söhne Urs und Marco wegen Förderung der Herstellung von Kernwaffen zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und etwas mehr als vier Jahren verurteilt. Jetzt steht der Vernichtung der kopierten Tinner-Akten, die angeblich den Weltfrieden gefährden können, nichts mehr im Wege. Überwacht wird die geheime Operation im «Forsthaus» auch diesmal von einem Agenten der CIA.

Die meisten Dokumente hatte Untersuchungsrichter Müller schliesslich einsehen können, wenn auch unter äusserst restriktiven Bedingungen – Kopien etwa durften keine erstellt werden. Einen einzigen Ordner allerdings hat Müller nie zu Gesicht bekommen, jenen mit der Nummer 10. Bekannt ist einzig, dass der Ordner «Nr. 10» Informationen über die Zusammenarbeit der Tinner mit der CIA enthält. Diese Informationen scheinen derart brisant zu sein, dass sie bis zuletzt unter Verschluss blieben.

Als endlich Rauch aus dem siebzig Meter hohen Kamin des Verbrennungsofens steigt, hat der CIA-Agent die Gewissheit, dass sich die letzten Spuren der Zusammenarbeit mit den Tinner in Luft aufgelöst haben. Es sei denn, irgendwo tauche nochmals eine Kopie der vernichteten Akten auf.

\* Der Artikel basiert auf Gesprächen mit mehreren Protagonisten der Tinner-Affäre sowie auf folgenden Publikationen: «Fallout» von Catherine Collins und Douglas Frantz (2011, Free Press, New York); als Leiter der Kommission für Auslandsbeziehungen des US-Senats hatte Frantz Zugang zu amerikanischen Protokollen. – «Der Spion, der aus dem Rheintal kam», Dokumentarfilm von Hansjürg Zumstein (SRF, 2009); zusätzliches Archivmaterial auf [www.hansjurgzumstein.ch/](http://www.hansjurgzumstein.ch/). – Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte zum Fall Tinner vom 19. 1. 2009.